Ausschuss für Umwelt, Technik und Gesundheit
Sitzung am 25.09.2006

Drucksache Nr. 094/2006 öffentlich

# Schienennutzung für Restmülltransport ab dem 01.06.2008

**Anlagen: keine**
**Gäste: keine**

## Einleitung:

In seinen Sitzungen am 19.04.2004 (DS-Nr. 30/2004) und 28.06.2004 (DS-Nr. 85/2004) hat sich der Umwelt- und technische Ausschuss ausführlich mit dem Umschlag und dem Transport des Restmülls aus dem Schwarzwald-Baar-Kreis zum MHKW Göppingen befasst. Aus Gründen des Verkehrsaufkommens und der damit verbundenen Umweltbelastung von Straßentransporten hatte die Verwaltung vom Gremium den Auftrag erhalten, als Alternative dazu auch den Transport über die Schiene zu prüfen.

Nach den damals vorliegenden ersten Angeboten der Deutschen Bundesbahn (DB) lag der Preis für den Schienentransport in Form der damals günstigsten Transportvariante mit Wechselbehältern, bei der lediglich ein Drittel des Abfalls separat umzuladen ist, bei ca. 55 €/t. Ohne Nachrüsten der Müllfahrzeuge auf Wechselbehälter, also bei Umschlag der kompletten Abfallmenge, lag der Schienenpreis bei ca. 61 €/t.

Darauf hin hat sich der Ausschuss aus finanziellen Überlegungen heraus (die Schiene lag nach den damals bekannten Preisen mehr als das Doppelte über der Straße) für den Straßentransport entschieden. Allerdings sollte der Straßentransport lediglich für 3 Jahre ausgeschrieben werden, um rechtzeitig vor Vertragsende (zum 31.05.2008) erneut über Alternativen beraten und entscheiden zu können. Aktuell liegen die Kosten für den Straßentransport bei rd. 18,20 €/t (incl. Umschlag).

Wegen des Schienenkonzeptes hat die Verwaltung Kontakt zu dem in diesem Bereich erfahrenen Beratungsbüro Plan:Bahn aufgenommen. Bei Plan:Bahn sind mehrere unabhängige Experten für Bahnbetrieb, -infrastruktur und –logistik in einem Team eingebunden. Das Büro war u. a. bei der Planung von Mülltransporten zum MHKW Stuttgart eingebunden und hat auch Erfahrung beim Aufbau von Transportlogistik privater Bahnbetreiber. Plan:Bahn wurde mit der Durchführung einer Machbarkeitsstudie „Perspektiven für den Restmülltransport auf der Schiene aus dem Schwarzwald-Baar-Kreis zur thermischen Behandlung nach Göppingen“ beauftragt.

**Sachverhalt:**

Die Machbarkeitsstudie kommt zu dem Ergebnis, dass ein Schienentransport zu deutlich niedrigeren als den seinerzeit im Raum stehenden Preisen realisierbar wäre. Zwar liegen diese immer noch über den Kosten des Straßentransports, jedoch ist die Differenz so weit reduziert, dass der Schienentransport nunmehr als Alternative in Erwägung gezogen werden kann.

Grundvoraussetzung für den Schienentransport wäre allerdings in jedem Fall die Verdichtung des Restmülls in speziellen Presscontainern, die sowohl mit LKW als auch auf Eisenbahnwaggons transportiert werden können. Dazu müsste in der bestehenden Umladehalle in Tuningen eine Presse installiert werden, um eine durchschnittliche Auslastung von 25 t je Container (analog der Transportgewichte eines LKW) zu erreichen. Die bei der letzten Untersuchung noch von der DB angebotenen bahnfähigen Container hätten eine sehr viel geringere Zuladung erlaubt. Die Investitionskosten für die Presse und die Presscontainer liegen in der Größenordnung von ca. 6 €/t und wurden bei den Systemkosten mit berücksichtigt.

Ein Teil der Investitionskosten kann durch finanzielle Zuschüsse des Bundes wieder ausgeglichen werden. Lt. Plan:Bahn werden Vorhaben zur Verlagerung des Transports von Massengütern von der Straße auf die Schiene vom Bund gefördert. Unter Berücksichtigung der Zuschusskriterien hätte der Schwarzwald-Baar-Kreis bei einer Realisierung des Bahntransports Aussicht auf einen Zuschuss i.H.v. 4,06 €/t.

Für die eigentliche Bahnlogistik wurden zwei Systemalternativen untersucht und aufgezeigt, welche Voraussetzungen für die Umsetzung entweder bereits vorliegen oder aber noch geschaffen werden müssten.

Der klassische Ansatz geht von eigens und ausschließlich für die Abfalltransporte zusammengestellten Sonderzügen aus, die im Rundlauf betrieben werden. Dabei würde der Abfall in den Containern gesammelt, bis nach circa einer Woche ein kompletter Zug zusammengestellt werden kann. Dieses System kann zwar recht flexibel auf sich ändernde Abfallmengen reagieren. Auch können ggf. Waggons Dritter mittransportiert werden. Allerdings verlangt es einiger Anstrengung, eine passende Rückfracht zu finden, ohne die jedes Logistiksystem unwirtschaftlich wird. Im ungünstigsten Fall liegen die Kosten bei rd. 29 €/t.

Plan:Bahn hat jedoch dem Betreiber des MHKW Göppingen vorgeschlagen, mit den in Göppingen entleerten Containern künftig Verbrennungsschlacke aus dem MHKW Göppingen in die bereits heute belieferte Verwertungsanlage nach Bad Friedrichshall zu bringen. Ließe sich dies realisieren, entstünden sowohl für den Verbrennungsanlagenbetreiber als auch für den Schwarzwald-Baar-Kreis Synergien. Bei einem ersten Vorgespräch mit dem Betreiber des MHKW Göppingen wurde von dort Interesse an dieser Idee signalisiert. Dadurch lassen sich die Kosten um rd. 0,85 €/t reduzieren.

Auch für den Rücklauf der Container vom Entladeort der Schlacke in Bad Friedrichshall zurück in den Schwarzwald-Baar-Kreis sieht Plan:Bahn am Markt grundsätzlich Potential von Rückfrachten, die zu einer weiteren Reduzierung von 6,20 €/t führen könnten. Damit wäre ein Preis von rd. 22 €/t zu erwarten.

Als Alternative zu den Sonderzügen gibt es das „Linienzug“-System. Dabei würde der Transport des Restmülls aus dem Schwarzwald-Baar-Kreis in den vorhandenen Güterverkehr auf der Gäubahn integriert werden, d.h. die Waggons würden zwei- bis dreimal die Woche an im Linienverkehr fahrende Güterzüge angehängt. Nach den Untersuchungen von Plan:Bahn verkehren zwischen dem Großraum Stuttgart und der Schwarzwald/Bodensee-Region diverse Güterzüge (teilweise auch von privaten Bahnbetreibern) in regelmäßigen Abständen. Die Gutachter halten dabei einen Preis von rd. 25,40 €/t für realistisch. Auch hier ließen sich durch passende Rückfrachten die Kosten weiter senken.

Voraussetzung für jede der beschriebenen Alternativen wären jedoch geeignete Be- bzw. Entladebahnhöfe. Diese müssten über ein Gleis verfügen, dessen Frequentierung ausreichende „Zeitfenster“ für die Verladung der Container bietet. Außerdem müssen die Container – teilweise einige Tage lang – bis zur Abfahrt des Zugs im Bahnhof gelagert werden. Je nach dem zu wählenden Transport- und Verladesystem ist dazu eine ausreichende Pufferkapazität auf den Bahnhöfen erforderlich.

In Göppingen wäre dies problemlos möglich, da dort am vorhandenen Güterbahnhof ausreichend freie Flächen vorhanden sind. Auch für die Verladung der mit Abfall gefüllten Container stehen durch von der DB nicht mehr genutzte Gleisanlagen an mehreren Standorten in der Region ausreichend Kapazitäten zur Verfügung. Soweit die Bemühungen um einen Bahntransport intensiviert werden sollten, wäre daher der nächste erforderliche Schritt, die in Frage kommenden Bahnhöfe auf ihre Geeignetheit hin näher zu überprüfen.

Eine weitere Grundvoraussetzung wäre im Übrigen die Bereitschaft des Schwarzwald-Baar-Kreises zum Abschluss eines langfristig laufenden Transportvertrags. Alle von Plan:Bahn aufgeführten Kosten beruhen auf einer mindestens 7-jährigen Abschreibung der erforderlichen Investitionen.

**Stellungnahme der Verwaltung:**

Die günstigste der von Plan:Bahn berechneten Varianten ist ca. 3,75 €/t Euro pro Tonne teurer als der derzeitige Transport über die Straße (jeweils incl. Umschlagkosten). Bei einer Jahresmenge von ca. 40.000 Tonnen ergibt sich daraus eine Mehrbelastung von jährlich insgesamt ca. 150.000 €. Dies würde sich bei den Abfallgebühren durchschnittlich mit rd. 0,70 € pro Jahr für jeden Haushalt auswirken. Aufgrund der bereits in der Sitzungsvorlage vom 28.06.2004 thematisierten ökologischen Aspekte hält die Verwaltung diese geringe Mehrbelastung grundsätzlich für vertretbar.

Allerdings sollte vor einer endgültigen Neuausrichtung der Transportlogistik für den zu behandelnden Restmüll noch ein anderer wichtiger Aspekt berücksichtigt werden: Aufgrund der seit dem 01.06.2005 auch in Baden-Württemberg durch die begrenzten Behandlungskapazitäten angespannten Entsorgungssituation für Restmüll zeichnen sich aktuell Entwicklungen ab, auf die ggf. auch der Schwarzwald-Baar-Kreis reagieren sollte.

Vor dem Hintergrund der nach wie vor bestehenden Engpässe in den vorhandenen Anlagen zur thermischen Behandlung von Restabfällen verfolgen verschiedene Anlagenbetreiber konkrete Pläne zur Kapazitätserweiterung. In einigen Fällen sind diese Pläne schon so weit gediehen, dass in absehbarer Zeit mit endgültigen Entscheidungen darüber zu rechnen ist, ob und wo bestehende Anlagen erweitert oder sogar neue errichtet werden. Mit der Umsetzung dieser Pläne könnten sich – nicht zuletzt wegen des flexiblen Entsorgungsvertrages mit der Fa. Remondis (als Rechtsnachfolger der Fa. Fischer-Entsorgung, VS-Schwenningen) - auch für uns neue Entsorgungsmöglichkeiten in anderen Anlagen ergeben, sofern sie entweder zu einem günstigeren Verbrennungspreis oder aber in Kombination mit den Transportkosten zu insgesamt günstigeren Entsorgungskosten führen.

Nach derzeitiger Einschätzung der Verwaltung könnten sich zur Verbrennung des Restabfalls in Göppingen mittelfristig Alternativen entwickeln, deren Inanspruchnahme durchaus im Interesse des Landkreises liegen würde. Ob sich dieser Fall für uns ergibt, wird sich spätestens bis Mitte nächsten Jahres herauskristallisieren. Im positiven Falle wären dann noch 2 – 3 Jahre bis zur endgültigen Umsetzung erforderlich.

Vor diesem Hintergrund wäre es aus Sicht der Verwaltung heute verfrüht, sich mit einem langfristigen Transportvertrag an die Anlage in Göppingen zu binden. Deshalb empfiehlt es sich, die Entscheidung über das zukünftige Transportsystem noch ein bis zwei Jahre weiter offen zu halten, bis Klarheit darüber besteht, ob der Landkreis für die komplette vorgesehene Laufzeit „in Göppingen bleibt“ oder eine andere Option wahrnimmt. Selbstverständlich kann eine solche Option nur im Einvernehmen mit unserem Vertragspartner, der Fa. Remondis, ausgeübt werden.

Im Übrigen würde eine andere Behandlungsanlage den Bahntransport nicht grundsätzlich ausschließen. Auch wenn sich die Machbarkeitstudie konkret auf den Transportweg von Tuningen nach Göppingen bezieht, gelten die Grundaussagen unabhängig davon auch für andere Zielbahnhöfe. D.h., je nachdem, wie sich die Situation entwickelt, können die Planungen für einen Umstieg auf die Schiene sowohl für den Transport nach Göppingen als auch zu möglichen anderen Anlagen zu gegebener Zeit konkretisiert und auch ein Beschluss darüber gefasst werden.

Unabhängig davon, ob der Restmüll dann weiterhin nach Göppingen oder zu einer anderen Anlage zu transportieren ist, wird sich eine mögliche Entscheidung zu gunsten des Bahntransports allerdings nicht mehr bis zum Ablauf des derzeitigen Straßentransportvertrags (31.5.2008) umsetzen lassen, weshalb vorläufig noch eine Beibehaltung des Straßentransports notwendig wird. Sollte bis Mitte nächsten Jahres evt. eine andere Entsorgungsanlage als Göppingen gefunden werden und sich dafür ein Schienentransport anbieten, müsste die bereits im bestehenden Straßentransportvertrag mit der Fa. Wehrle vorgesehene Option zur Vertragsverlängerung ggf. für einen kurzen Zeitraum in Betracht gezogen werden.

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

2. Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung, bis Mitte nächsten Jahres über die Entwicklung der Entsorgungssituation in Baden-Württemberg sowie das Entstehen neuer Entsorgungskapazitäten und deren Auswirkungen auf den Schwarzwald-Baar-Kreis zu berichten.

3. Bis zu einer endgültigen Entscheidung über die Transportlogistik wird der Straßentransport des Restmülls nach Göppingen beibehalten.